

	175. Vollversammlung der AK Wien vom 05.05.2021
Gem	
Dringl. Antrag Nr. 3	<i>Mit einem Lieferkettengesetz Unternehmen dazu verpflichten, ArbeitnehmerInnen- und andere Menschenrechte sowie wesentliche Belange des Umwelt- und Klimaschutzes entlang ihrer Lieferketten zu achten</i>
Annahme	Ausschuss EU und Internationales

Der Antrag führt alle wichtigen Bausteine an, die ein zu verabschiedendes Lieferkettengesetz enthalten muss, um Unternehmen künftig besser in die Verantwortung für ihr globales wirtschaftliches Handeln zu nehmen. Neben einem nationalen Gesetz werden darin verbindliche Regelungen auch auf EU- und UN-Ebene gefordert.

Die BAK hat im vergangenen Jahr zwei Kampagnen mitinitiiert, um einen besseren Schutz von Menschenrechten und Umwelt entlang von Lieferketten zu erreichen: (1) die äußerst erfolgreiche europäische Kampagne „Unternehmen zur Verantwortung ziehen“, die von 145.173 Menschen unterstützt wurde, und (2) die weiterhin laufende österreichische Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze“.

Auf EU-Ebene hat sich die BAK im Dezember 2020 mit einer Stellungnahme an der öffentlichen Konsultation zu nachhaltiger Unternehmensführung beteiligt. Im Jänner 2021 wurde in einem zweiseitigen Factsheet die Notwendigkeit eines Lieferkettengesetzes untermauert. Im EU Infobrief sowie auf dem A&W Blog erscheinen regelmäßig Beiträge, die die bestehende Problematik und laufenden Prozesse aus unterschiedlicher Perspektive beleuchten. In einem 5-minütigen Video durch das Format AKlär, welches im Mai 2021 erschien, wurde auf niederschwellige Weise die komplexe Themenlage heruntergebrochen und so eine breitenwirksamere Sensibilisierung angestrebt.

Im Rahmen der österreichischen Kampagne wurden und werden Straßenaktionen vorgenommen, anlassbezogene Presseaussendungen verschickt und der Austausch zu gleichgesinnten Stakeholdern gepflegt, um die gemeinsame Schlagkraft zu erhöhen. Zudem wird der Kontakt zu politisch Verantwortlichen gesucht, um unsere Forderungen dort vorzubringen, wobei bereits Treffen mit dem Justiz- sowie mit dem Umweltministerium stattgefunden haben.

Durch die Teilnahme an verschiedenen, im Zuge der Coronapandemie vermehrt stattfindenden Webinaren konnte die Notwendigkeit eines Gesetzes ebenso in die laufende Debatte eingebracht werden.